

Appell an die Bundesregierung

Wir treten ein!

Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin-III.

Flüchtlinge befinden sich in Europa in einem Überlebenskampf. In Ländern wie Italien oder Griechenland leben Flüchtlinge als Obdachlose auf der Straße, in Parks oder Abbruchhäusern. Sie müssen betteln, um ihr Überleben zu sichern und sind schutzlos gegen Gewalt und rassistische Übergriffe. Einige EU-Staaten – wie Malta, Bulgarien oder Ungarn – inhaftieren neu einreisende Flüchtlinge systematisch. Wer es schafft, den Hafslagern und Elendsquartieren zu entkommen und nach Deutschland weiterzufliehen, muss mit seiner Rückschiebung in diese Länder rechnen. Grundlage ist die Dublin-III-Verordnung, die die Zuständigkeit für Asylverfahren in der EU regelt.

Das Dublin-System ist unsolidarisch, ungerecht und unmenschlich. Die desolate Situation der Flüchtlinge in vielen EU-Ländern ist das Ergebnis einer unsolidarischen Asylpolitik. Denn die EU hat den Reiseweg eines Flüchtlings zum maßgeblichen Zuständigkeitskriterium erhoben: Der Staat ist zuständig, in dem erstmals EU-Territorium betreten wurde. Nach den Interessen der Flüchtlinge, ihren Existenzmöglichkeiten oder Integrationschancen wird dabei nicht gefragt. Ziel dieser Politik ist es, den Druck auf die EU-Staaten an den Außengrenzen hoch zu halten. Es gilt: Wer die Grenzen nicht abriegelt und Flüchtlinge durchlässt, muss am Ende die Verantwortung für die Flüchtlinge übernehmen. Die Folge ist, dass die EU-Staaten an den Außengrenzen die Grenzen abriegeln und Flüchtlinge brutal abwehren – oftmals unter Einsatz von illegalen Zurückweisungen (Push-Backs).

Wir treten ein für Menschen, die jahrelange Fluchtodysseen hinter sich haben, die nie Ankommen dürfen und immer wieder wie Stückgut zwischen den EU-Staaten hin- und hergeschoben werden. Wir fordern ein Ende der Abschiebungen in Elend und Hoffnungslosigkeit und den Selbsteintritt der Bundesrepublik. Wir wenden uns gegen die europäische Verantwortungslosigkeit der Dublin-III-Verordnung und rufen dazu auf Flüchtlinge aktiv zu schützen. Für diejenigen, die bereits einen Schutzstatus in einem EU-Land erhalten haben, muss die Freizügigkeit in der gesamten EU gewährleistet werden. Wenn ein Überleben trotz Schutzstatus in einem EU-Staat nicht möglich ist, muss ein Umzug in einen anderen EU-Staat ohne Verlust möglich sein des Schutzstatus möglich sein.

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624 · 60069 Frankfurt/Main
Telefon +49 69 24 23 14 20 · Fax +49 6924 23 14 72
proasyl@proasyl.de · www.proasyl.de

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500 · Konto-Nr. 8047300
IBAN DE62 3702 0500 0008 0473 00
BIC BFSWDE33XXX

Hiermit unterzeichne ich den Appell »Wir treten ein. Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III«

Vorname	Name	Adresse	PLZ	Ort	e-mail	Unterschrift
1
2
3
4

www.wir-treten-ein.de



Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624 · 60069 Frankfurt/Main
Telefon +49 69 24 23 14 20 · Fax +49 6924 23 14 72
proasyl@proasyl.de · www.proasyl.de
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500 · Konto-Nr. 8047300
IBAN DE62 3702 0500 0008 0473 00
BIC BFSWDE33XXX

Hiermit unterzeichne ich den Appell »Wir treten ein. Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III«

Vorname	Name	Adresse	PLZ	Ort	e-mail	Unterschrift
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15

Bitte zurücksenden an: Förderverein PRO ASYL e.V. · Postfach 160624 · 60069 Frankfurt/Main · Fax 069 / 24 23 14 72